

Stand: 05.06.2026 20:53:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18801

"Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18801 vom 27.10.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20066 des VF vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20481 vom 30.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 30.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster, Martina Fehner, Andreas Lotte, Arif Taşdelen, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Kathi Petersen SPD**

Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass zusätzliche Planstellen für Richterinnen und Richter und für die Geschäftsstellen der Verwaltungsgerichte ausgewiesen werden und der Stellenplan dem gestiegenen Bedarf angepasst wird.

Begründung:

Die Zahl der Klagen und sonstiger Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seit 2015 sprunghaft zugenommen und wird sich entsprechend der Zahl der Entscheidungen des BAMF weiter erhöhen.

Nach der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von MdL Markus Rinderspacher vom 24.02.2017 „Asylverfahren in Bayern“ (Drs. 17/16112) ist die Zahl der neu eingegangenen Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des BAMF beim Verwaltungsgericht Ansbach von 73 im September 2015 auf 528 im Dezember 2016, beim Verwaltungsgericht Augsburg von 47 im September 2015 auf 416 im Dezember 2016, beim Verwaltungsgericht Bayreuth von 34 im September 2015 auf 250 im Dezember 2016, beim Verwaltungsgericht München von 100 im September 2015 auf 1.504 im Dezember 2016, beim Verwaltungsgericht Regensburg von 72 im September 2015 auf 408 im Dezember 2016 und beim Verwaltungsgericht Würzburg von 49 im September 2015 auf 427 im Dezember 2016 gestiegen. Dies sind nur die Zahlen für die Hauptsacheverfahren. Hinzu kommt noch ein Anstieg der Eingangszahlen bei den Eilverfahren.

Insgesamt waren zum 31.12.2016 beim Verwaltungsgericht Ansbach 1.977, beim Verwaltungsgericht Augsburg 1.712, beim Verwaltungsgericht Bayreuth 1.017, beim Verwaltungsgericht München 4.799, beim Verwaltungsgericht Regensburg 1.597 und beim Verwaltungsgericht Würzburg 1.623 Hauptsacheverfahren gegen Entscheidungen des BAMF anhängig (vgl. Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage).

Zwar sind im Nachtragshaushalt 2016 zwanzig zusätzliche Planstellen für Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten ausgewiesen worden, doch reicht diese Personalmehrung nicht aus, um die Vielzahl der anhängigen und in den nächsten Jahren noch zu erwartenden Verfahren gegen Entscheidungen des BAMF ohne Zurückstellung der sonstigen Verwaltungsstreitigkeiten in angemessener Frist zu bearbeiten. Es ist deshalb dringlich, weitere Stellen für Richterinnen und Richter und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen der Verwaltungsgerichte zu schaffen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler,
Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u.a. SPD
Drs. 17/18801

Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 16. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 175. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Taşdelen, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Kathi Petersen SPD**

Drs. 17/18801, 17/20066

Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Horst Arnold

Abg. Karl Straub

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ulrike Gote

Staatssekretär Gerhard Eck

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich komme jetzt zum **Tagesordnungspunkt 3** zurück. Ich rufe die **Listennummer 17** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

**Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u. a.
(SPD)**

Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte (Drs. 17/18801)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Die Verteilung setze ich als bekannt voraus. Der erste Redner ist der Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Visionen hat, wer sich weiter auf den richtigen Weg begeben will, wer vorrücken möchte, sollte sich selbst fit machen, die Hausaufgaben erledigen und seine Lage richtig beurteilen. Dies ist auch hinsichtlich der Stellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesagt. Bereits Ende des dritten Quartals 2017 hat sich durch eine Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden abgezeichnet, dass die Verfahrenseingänge in der Verwaltungsgerichtsbarkeit bereits 20 % über den Gesamtverfahrenszahlen des Jahres 2016 lagen. Im Jahre 2016 waren es 39.044 Verfahren. Nach neun Monaten im Jahr 2017 waren es bereits 56.828 Verfahren. Aus der Gerichtsbarkeit selbst wurden veritable, gewichtige und nachhaltige Hilferufe laut. Der Tenor lautete: Hilfe, wir saufen ab! Selbst der Bayerische Rundfunk, B5 aktuell, hat berichtet, dass die Verfahrensdauer aufgrund der immensen Verfahrensmengen erheblich länger als nur auf ein Jahr ausgedehnt wird. Folgerichtig hat meine Fraktion am 27. Oktober 2017 den Antrag gestellt und die Staatsregierung aufgefordert, zusätzliche Planstellen für Richterinnen und Richter und für die Geschäftsstellen der Verwaltungsgerichte auszuweisen. Zudem sollte der Stellenplan dem gestiegenen Bedarf angepasst werden.

Dieser Antrag wurde am 16.11.2017 im Ausschuss diskutiert. Dabei haben sich sowohl die CSU-Fraktion als auch die Staatsregierung gerühmt, dass bereits 26 Stellen besetzt seien. Darüber hinaus würden aus einem Stellenpool im Haushalt 50 Stellen

zur Verfügung stehen. Diese Stellen seien reserviert und abrufbar. Des Weiteren seien bereits im September weitere 19 Richterstellen aus dem Richterpool reserviert und würden besetzt. Alles in allem wurde am 16.11.2017 die Meinung vertreten, dass man flexibel reagiert hätte und es keinen zusätzlichen Bedarf gebe. Im Übrigen ist man davon ausgegangen, dass der Scheitelpunkt der Verfahrenswelle überschritten sei. Dies sei nach Auskunft vom BAMF und von weiteren Behörden angenommen worden. Unser Antrag wurde am 16.11. abgelehnt.

Knapp zwei Monate später hat die CSU Folgendes klargemacht: Sie, die CSU, läuft nicht hinterher, sondern setzt eigene Themen. Sie will frisch und mit programmatischer Kraft ins neue Jahr gehen. Unter diesem Etikett wird keine zwei Monate später angekündigt, dass 50 neue Verwaltungsrichterstellen eingerichtet werden, um den rechtsstaatlichen Prozess zu beschleunigen.

Meine Damen, meine Herren, was hat sich in diesen zwei Monaten am Erkenntnisstand der CSU geändert? – Hier ist es zu einem massiven Wandel in der Einschätzung und in der Beurteilung gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Werden diese 50 Stellen wirklich neu eingesetzt, oder ist es vielmehr ein üblicher Trick, Stellen aus entsprechenden Pools oder Depots zu generieren und zu reservieren? – Wir wissen es nicht. Aber eines ist ganz klar: Wir haben in anderen Diskussionen bereits klargemacht, dass diese Stellenbesetzung notwendig ist. Sie haben das damals abgestritten. Mit diesen Tricks zu arbeiten, ist wirklich schlecht. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, deswegen haben wir mit der Überschrift klargemacht, dass die CSU sehr wohl hinterherläuft. Es sind unsere Themen, die Sie als die Ihrigen ausgeben.

Ihre programmatische Kraft heißt nichts anderes, als dass Sie unsere Anträge kopieren und acht Wochen später als Ihre eigenen verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre daher dringend notwendig, unserem Antrag heute im Plenum zuzustimmen. Dann würden Sie sich insgesamt als konsequent erweisen. Sie könnten somit dem Erkenntniszuwachs, den Sie in diesen acht Wochen irgendwie erlangt haben, Rechnung tragen. Somit könnten Sie der Sache und nicht Ihrer Partei und den vorgeschobenen Interessen einen Dienst erweisen.

Auch wäre es dringend notwendig, dass über die im Nachtragshaushalt 2016 20 neu ausgebrachten Planstellen für Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten, die 42 Stellen für das Verwaltungspersonal an den Verwaltungsgerichten und die Ausgabemittel, die im Stellenplan als "kw" bezeichnet sind, mit ihrem Freiwerden ab 01.08.2019 verfügt werden darf. Dies haben wir, die SPD, in einem Änderungsantrag zum Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2018 beantragt. Dies wäre ein konsequentes Zeichen in den Haushaltsdebatten. Wir sind gespannt, ob Sie sich daran halten.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wäre es dringend notwendig, die Sachlage objektiv zu beurteilen und nicht zu denken, dass man solche Probleme einfach wegwischen könnte. Falls Sie behaupten, dass sich unsere Forderung vom 27.10.2017, welche am 16.11.2017 thematisiert worden ist, mit der Ankündigung schon längst erledigt hätte, dann erledigen Sie sich hinsichtlich einer nachhaltigen Glaubwürdigkeit selbst. Sie befürworten nun das, was Sie vor zehn Wochen abgelehnt haben. Sie überbieten das nun mit Zahlen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Horst Arnold (SPD): Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Bleiben Sie bitte auch konsequent.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat nun der Kollege Straub das Wort. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe Ihre Emotionalität bei diesem Thema überhaupt nicht. Sie müssen schon auch sagen, aus welchen Gründen wir damals abgelehnt haben. Wir haben immer gesagt, dass wir die Situation verfolgen und entsprechend reagieren.

(Horst Arnold (SPD): Zehn Wochen! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Genau!)

Hier gilt mein Dank auch dem Innenministerium. Wir, die CSU-Fraktion, haben das immer so gemacht.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Ich habe den Antrag nicht aus dem Grund abgelehnt. Ich möchte das hier im Einzelnen vortragen. Wie Sie schon gesagt haben, war ich damals Berichterstatter. Ich habe den Antrag abgelehnt, weil wir das selber machen wollten und uns dies nicht von der SPD vorschreiben lassen wollten.

(Unruhe)

– Ja, das ist auch so. Wir haben nur Fakten geschaffen, in aller Ruhe. Fakt ist, dass die Anzahl der Verfahren gestiegen ist. Fakt ist aber auch, dass die CSU-Fraktion und das Innenministerium immer darauf reagiert haben. Wenn Sie Ihren Antrag aus dem Jahr 2017 hernehmen, dann sehen Sie, dass Sie damals noch von 20 geschaffenen Stellen ausgegangen sind. Jedoch wurden damals faktisch 66 Stellen geschaffen.

(Unruhe)

– Lassen Sie mich bitte ausreden. Wir können dann nachher darüber diskutieren. 20 Verwaltungsrichterstellen und knapp 40 Stellen aus einem Reservepool wurden der Verwaltungsgerichtsbarkeit zugeteilt. Wir verfolgen dies auch weiterhin. Und genau aus diesen Gründen haben wir den Antrag damals abgelehnt. Wir haben schon früh-

zeitig festgestellt, dass wir in die Nachschubliste 25 neue Stellen hineinnehmen müssen. Wir sind uns im Grundsatz nicht uneinig. Steigende Asylklageverfahren müssen mit steigenden Richterzahlen beantwortet werden. Das tun wir auch. In der Nachschubliste haben wir nun 25 Stellen. Wir denken tatsächlich über weitere 25 Stellen nach. Dazu werden wir eventuell einen Antrag formulieren. Ich hoffe, dass Sie dann zustimmen werden.

Sie müssen einfach Ihren eigenen Antrag, den Sie damals gestellt haben, lesen. Darin stand, dass im Jahr 2016 nur 20 Stellen im Haushalt geschaffen wurden. Fakt war: Im regulären Haushalt 2016 waren 6 Richterstellen vorgesehen. 20 zusätzliche wurden in den Nachtragshaushalt eingestellt, und es gab, wie schon gesagt, weitere 40 zusätzliche Stellen. Somit steht Ihrer Problembeschreibung, dass wir nur 20 Stellen geschaffen hätten, die reelle Zahl von 66 Stellen gegenüber.

Ich will gar nicht länger darauf eingehen. Ich glaube, in der Sache sind wir uns einig, Herr Arnold. Deswegen kann ich, wie gesagt, die Emotionalität Ihrer Rede gar nicht verstehen. Wir verfolgen die Situation schon selber, und unser Innenministerium – nochmals herzlichen Dank ans Innenministerium – reagiert immer entsprechend. Das wird auch weiterhin der Fall sein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zwischenbemerkung: Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Straub, das war aus meiner Sicht nicht emotional. Das würde sich sonst anders darstellen. Aber grundsätzlich einmal die Frage bezüglich der 50 angekündigten Stellen und bezüglich des 10-Punkte-Programms, von dem wir ja reden: Sind in diesen 50 Stellen auch Verwaltungsgerichtsangestellte enthalten? Denn in dem Bericht, der damals gegeben wurde, heißt es ja auch, die verwaltungsgerichtlichen Stellen der Geschäftsstellen, also die nichtrichterlichen Stellen, folgten immer auch der Erhöhung der Planstellen der Richter. Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, dass Sie, wenn Sie 50 Richterstellen mehr haben, auch entsprechend mehr

Verwaltungsstellen brauchen, die wichtig sind, um die Arbeit zu erledigen? Oder ist das bei der Beschleunigung der Prozesse und der Rechtsstaatlichkeit, wie Sie es selber formuliert haben, außer Acht zu lassen? Sollen dann diejenigen, die im Pool bleiben, als normale Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei den Geschäftsstellen das mehr erledigen, was plötzlich 50 Richter mehr an Arbeit schaffen? Haben Sie darauf eine Antwort, oder ist das in Ihrem 10-Punkte-Plan, der visionär in die Zukunft blickt, noch nicht berücksichtigt worden?

Karl Straub (CSU): Sie haben es sehr gut erkannt: Der Plan unseres zukünftigen Ministerpräsidenten Markus Söder ist wirklich visionär und greift viele Themenkomplexe auf.

(Lachen des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Widerspruch bei der SPD)

Da gebe ich Ihnen völlig recht. – So haben Sie es gerade wörtlich gesagt. Ich kann nur bestätigen, dass der Plan dies tatsächlich tut.

Was bis dato angemeldet ist, ist im Nachtragshaushalt, in der sogenannten Nachschubliste enthalten. Das sind 25 Richterstellen und 25 nichtrichterliche Stellen. Wenn ich mich richtig erinnere, denken wir darüber nach, 25 zusätzliche Richterstellen zu schaffen. Da erschließt sich mir, dass man dann natürlich auch wieder nichtrichterliche Stellen zuteilen muss. Aber das habe ich jetzt noch nicht parat, und ich denke, das können Sie mir auch nicht vorwerfen.

Aber wie gesagt: Lob, dass Sie es erkannt haben. Söders Plan ist klasse und visionär.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Visionär?)

– Ach ja, Herr Aiwanger!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Drei Jahre hintendran!)

– Was, drei Jahre hintendran?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Im Oktober 2015 haben wir das gefordert, und jetzt, 2018, ist Söder visionär!)

– Mei, Herr Aiwanger, was Sie alles fordern! Ich glaube, dass Sie morgen gar nicht mehr wissen, was Sie heute gefordert haben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da müsste ich ja Straub heißen!)

Ist Ihre Frage damit beantwortet? – 25 sind sicher, 25 sind vorgesehen. Ich denke, dass dabei auch nichtrichterliche Stellen berücksichtigt werden.

(Horst Arnold (SPD): Wir sind gespannt! Visionär ist das auf alle Fälle, aber nichts rechtstatsächlich!)

Bin ich fertig?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wenn Sie mit Ihrem Redebeitrag fertig sind, ja. – Danke schön, Kollege Straub. – Jetzt Kollege Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der CSU, ich glaube, dass die nicht erfolgte Schaffung von Richterstellen an den Verwaltungsgerichten, um die Asylverfahren zu beschleunigen, eines der größten Versäumnisse Ihrer Partei in den letzten Jahren in puncto Asyl gewesen ist. Bereits am 14. Oktober 2015 haben wir 30 Richterstellen gefordert. Wir haben das immer wieder eingefordert, und Sie haben uns angegriffen. Ich kann mich erinnern, wie Ihr Kollege Huber nach vorne gerufen hat: Aiwanger, Sie Schuldenmacher! Wer soll das denn bezahlen? – Als wenn diese Investition in eine schlagkräftigere Justiz nicht die beste Investition gewesen wäre, nicht nur in finanzieller Hinsicht, um Verfahren zu beschleunigen und damit Geld für den Freistaat Bayern einzusparen, sondern auch zur Problemvermeidung und in puncto Vermeidung der Zuspitzung der Asylfrage.

Ich habe Ihnen damals vorgeworfen, man habe fast den Eindruck, dass Sie diese Themen absichtlich verschleppen, um daraus ein Wahlkampfthema zu kreieren. Ich kann mich erinnern, der Kollege Kreuzer ist damals an die Decke gegangen. Aber man kann es doch nicht anders formulieren, wenn der Vorredner der CSU es jetzt wieder, zu Beginn des Jahres 2018, als visionär bezeichnet, was wir seit drei Jahren fordern. Dass Sie systematisch alles ablehnen, was von den anderen kommt, wird mittlerweile zum Problem für dieses Land. Sie fassen erkannte Probleme allein deshalb nicht an, damit Ihnen niemand vorwerfen kann, Sie würden von anderen abschreiben. Ich würde mir wünschen, Sie schrieben noch öfter von uns ab.

Noch einmal: Ich halte fest, Sie haben das über Jahre hinweg schuldhaft verzögert, haben damit Mitschuld, dass sich die Situation auch hier zugespitzt hat, dass viele Fälle, die längst erledigt sein müssten, weiterhin in Bayern Furore machen. Durch Ihr Versagen haben Sie das politische Klima mit vergiftet. Sie hätten das in der Hand gehabt.

Jetzt kommen Sie daher und versprechen Stellen unter einem neuen Ministerpräsidenten. Mit den neuen Stellen ist noch lange nicht das Personal da. Hätte man vor ein paar Jahren die Stellen aufgebaut, wäre jetzt wenigstens das Personal da.

Auch das ist ja ein Trick in der politischen Kommunikation, so zu tun, als würde diese Stelle dann sofort funktionieren. Sie müssen aber die Stellen noch besetzen, und dann kommen Sie noch auf die grandiose Idee, ein Landesamt für Asyl zu gründen. Da frage ich Sie: Welches Personal wollen Sie dort hineinsetzen? Wahrscheinlich werden Sie wieder Personal aus dem Justizapparat und aus den Verwaltungen abziehen, oder es bleibt eine Luftnummer. Dann werden Sie wieder bestehende Strukturen eher schwächen als stärken. Ich muss Ihnen – es tut mir leid – bei allem Entgegenkommen an der Stelle massives politisches Versagen vorwerfen.

Natürlich werden wir diesen Antrag unterstützen. Er ist seit Jahren überfällig. Handeln Sie jetzt endlich! Bringen Sie endlich die Justiz auch an dieser Stelle zum Arbeiten,

und versprechen Sie nicht nur wieder Stellen. Es fehlen einem die Worte, wie Sie mit diesem Thema umgehen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Kollegin Gote. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, jetzt muss ich Ihnen ganz klar widersprechen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bitte schön!)

Die Maßnahme, mit der man die Gerichte hätte entlasten können, wäre eine humane Flüchtlingspolitik gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hätte die Asylbewerber gar nicht erst an die Gerichte treiben müssen, indem man ihnen alles vorenthält, sodass sie sich in Bayern alles einklagen müssen. Das führt zu Überlastungen an unseren Gerichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Arnold, Sie haben wunderbar beschrieben, wie Sie die CSU vor sich hergetrieben haben. Freuen wir uns doch darüber! Das ist auch nicht das einzige Beispiel. Das erleben wir ja ständig. Es ist auch nicht so, dass nur die Verwaltungsgerichtsbarkeit derart überlastet wäre.

Wir haben diesen Antrag nicht schon im Oktober, sondern erst im November debattiert. Herr Straub hat eigentlich gar keine Argumente gegen den Antrag gehabt. Er hat nur gesagt, er höre jetzt einmal, was das Ministerium sage. Das Ministerium hat dann Zahlen genannt. Da möchte ich jetzt schon einmal wissen: Waren die damals nicht richtig? Oder sind sie plötzlich über Weihnachten so exorbitant anders geworden?

Denn nach dem, was uns damals erzählt wurde, kann man nicht nachvollziehen, dass Sie jetzt erkannt haben, dass wir doch mehr Stellen brauchen. – Dass wir mehr Stellen brauchen, darüber waren wir uns im Ausschuss ohnehin einig, und das schon lange vorher.

Ich möchte einmal etwas Grundsätzliches zu dieser Stellensituation sagen. Wir werden im Nachtragshaushalt auch in anderen Bereichen der Justiz weitere Stellen fordern. Ganz richtig war auch der Hinweis, es könnten nicht nur Richterstellen sein, sondern wir brauchten gerade im Bereich der Justiz auch Stellen im nichtrichterlichen Dienst, in anderen Bereichen der Justiz, auch einfachere Stellen. Im Justizvollzug brauchen wir ganz andere Formen von neuen Stellen. Diese werden wir natürlich auch einfordern. Ich bin gespannt, wann Sie uns damit hinterherlaufen.

Aber einmal grundsätzlich: Sie sind wahrscheinlich, wie ich auch, viel im Land unterwegs. Überall, wohin man kommt, hört man, wenn man mit Behörden spricht, Klagen. Gudrun, erst gestern haben wir es wieder gehört. – Kollegin Gudrun Brendel-Fischer hatte einen Termin mit der neuen Leiterin des Wasserwirtschaftsamtes anberaunt. – Es kommen aus allen Bereichen Klagen über die unzureichende Personalausstattung. Das sind die Langzeitfolgen einer falschen Politik eines Herrn Stoiber und eines Herrn, der hier immer noch im Landtag sitzt und immer denkt, er weiß alles besser, und damals gesagt hat: Wenn ich den Teich trockenlegen will, frage ich die Frösche nicht. Die Frösche hätte er damals besser befragt; denn die Frösche sind heute noch am Leben, sie japsen vor sich hin und hätten gerne ein besseres Leben gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Spätfolgen der Jahre 2005 ff. ernten Sie jetzt. Die Folgen einer falschen Politik können Sie jetzt über Jahre ausbessern. Wir sind noch lange nicht auf dem Niveau, dass unsere Behörden und die Landesverwaltung so arbeiten können, wie sie es tun müssten. Ich kann Ihnen nur raten: Lernen Sie endlich daraus. Hören Sie einfach öfter auf uns. Hören Sie meinetwegen auch auf die Frösche. Ich meine damit, dass Sie auf

Ihre guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hören sollten, die Sie in den Behörden haben. Die kennen sich besser aus als Sie, die Sie hier im Landtag sitzen und meinen, sie könnten alles kaputtsparen. Schauen Sie, dass Sie die Folgen endlich beheben und diese Fehler, die uns ein Jahrzehnt lang begleitet haben, in Zukunft nicht mehr wiederholen. Sonst müssten wir diese Diskussion gar nicht führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gote. – Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatssekretär Eck das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, weil ich einige Zahlen richtigstellen möchte, die kritisiert oder teilweise falsch genannt worden sind. Auf Frau Kollegin Gote brauche ich gar nicht einzugehen. Ihr Beitrag hat so viel Polemik enthalten, dass er diesem Thema nicht gerecht wird. Ansprechen will ich aber die Aussage, lieber Herr Kollege Aiwanger, wir würden etwas mit Absicht verschleppen und dieses Land in Probleme hineinmanövrieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war's doch! Schuldhaft habt ihr die Probleme verschleppt!)

Herr Aiwanger, schauen Sie sich doch einmal um. Schauen Sie sich doch einmal die Bilanzen dieses Freistaates an. Schauen Sie sich einmal die Besoldungsgruppen an, und schauen Sie sich einmal die Gesamtsituation an, und vergleichen Sie das mit anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland. Das möchte ich von Ihnen einmal hören.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Um Gottes willen!)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht ständiges Genörgel, sie wollen statt Genörgel auch einmal Vorschläge, und die haben wir bisher von Ihnen nicht gehört.

(Beifall bei der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist doch nicht wahr!)

Jetzt will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass Ihre Zahlen nicht stimmen. Wir haben erst letzte Woche über einen Antrag diskutiert. Damals haben wir über die Verkehrsinfrastruktur gesprochen. Dabei haben Sie kritisiert, dass wir aufgrund der Situation, die nicht von Bayern, sondern vom Bund letztendlich verursacht ist, eine ständig fallende Anzahl von Mitarbeitern hätten. Das Ergebnis war: Die Berichterstattung hier im Haus war falsch. Wir haben eine steigende Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Deshalb ist es für mich wichtig, ein paar Zahlen zu nennen. Der Antrag geht von überholten Zahlen aus. Die Bayerische Staatsregierung hat im Doppelhaushalt 2015/2016 – vielleicht wollen Sie es mitschreiben – und im Nachtragshaushalt 2016 nicht 20, sondern insgesamt 26 Stellen für Verwaltungsrichter sowie einen Reservepool mit weiteren 40 Stellen geschaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie viele davon sind besetzt?)

– Hören Sie zu, sonst sagen Sie es das nächste Mal wieder falsch! Der Reservepool für Verwaltungsrichterstellen wurde vom Staatsministerium inzwischen vollständig – ich wiederhole: vollständig! – abgerufen. Damit wurden bis heute insgesamt – diese Zahl wiederhole ich noch einmal an dieser Stelle – 66 Richterstellen neu geschaffen und auch schon fast vollständig besetzt.

Wir kennen natürlich die Situation auch und begleiten sie ständig. Wir haben steigende Verfahrenszahlen. Deshalb hat Herr Kollege Straub vorhin vollkommen richtig gesagt – man muss in der jetzigen Diskussion immer wieder die Situation ansprechen –, warum Anträge abgelehnt werden. Aufgrund der sich verändernden und steigenden Zahl ist beabsichtigt, weitere 50 Richterstellen plus erforderliche Stellen für nichtrichterliches Personal – danach ist gefragt worden – in einem Topf bereitzustellen, auf den man zu gegebener Zeit nach Bedarf zugreifen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon auch sagen, dass kein anderes Land die Verwaltungsgerichtsbarkeit in diesem Umfang aufgestockt und gestärkt hat. In diesem Sinne meine ich sagen zu können, dass der Antrag ins Leere läuft. Deshalb bitte ich, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir stimmen jetzt in einfacher Form ab. Die namentliche Abstimmung erfolgt über den vorherigen Tagesordnungspunkt. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zurück zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7. Die beiden Anträge werden jetzt wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne in einfacher Abstimmung mit dem Antrag auf Drucksache 17/19231. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht" auf Drucksache 17/19248. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.16 bis 19.21 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte einige Kolleginnen und Kollegen, noch hier-zubleiben; denn ich werde die Sitzung erst schließen, wenn die Stimmkarten ausge-zählt sind und ich das Ergebnis verkündet habe.

(Unterbrechung von 19.21 bis 19.23 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis der Abstimmung liegt vor. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordne-ten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht" auf Drucksache 17/19248 bekannt. Mit Ja haben 40, mit Nein 68 Kolle-ginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dring-lichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Tagesordnung ist abgearbeitet. Ich bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.23 Uhr)